„Nicht nur Armut, sondern auch Reichtum muss ein Thema der politischen Debatte sein.“

Biblisch-Theologische Anmerkungen zur wachsenden Armut in Deutschland

Der dritte nationale Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, der voraussichtlich im 1. Quartal 2008 erscheint, wird wie die Berichte in den vergangenen Jahren die wachsenden Ungleichheiten in Deutschland beschreiben. Die Sorge um Sicherheit wächst, denn Hartz IV macht arm und neue „Lazarusschichten“ werden geschaffen. Die soziale Frage erfährt in Deutschland neue Relevanz. Im wirtschaftlichen Aufschwungs produziert der Umbau des Sozialstaats bzw. besser gesagt der Rückbau des Wohlfahrtstaats nicht nur eine ausgegrenzte Unterschicht, sondern setzt die Noch-Beschäftigten unter Druck, um einem Schicksal im Prekariat zu entgehen. In dieser Situation entdeckt die Politik einmal wieder die Familie und kündigt an, sie besser zu stützen. Doch trifft dieser politische Ansatzpunkt? Als Empfänger von Hartz IV sind Kinder und Alleinerziehende besonders benachteiligt, darum sollten sie besser vom Gemeinwesen unterstützt werden. Die wichtigste familienpolitische Maßnahme in Deutschland, das Ehegattensplitting ist überholt, da durch die finanziellen Vorteile gerade nicht die eigentlich Bedürftigen gefördert werden. Jenseits des verfassungsrechtlich gewährten Vorrangs der Familie gegenüber anderen Lebensformen sind politische Konzepte gefragt, mit denen den wachsenden sozialen Ungleichheiten begegnet werden kann. Im Rahmen einer aktiven und präventiven Sozialpolitik darf nicht kurzschlüssig mit Blick auf die vorgeblich leeren Kassen nur die Linderung akuter Probleme angestrebt werden, wie zum Beispiel durch kostenfreie Schulspeisungen von Kindern aus Hartz-IV-Familien.
Angesichts zunehmender Armut und wachsendem Reichtum bei uns und weltweit ist an das Gemeinsame Wort des Rates der Evangelischen Kirche und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ aus dem Jahre 1997 zu erinnern. Darin ist formuliert: „Nicht nur Armut, sondern auch Reichtum muss ein Thema der politischen Debatte sein.“ Diese Forderung wurde wie folgt begründet: „Umverteilung ist gegenwärtig häufig die Umverteilung des Mangels, weil der Überfluss auf der anderen Seite geschont wird. Es geht deshalb nicht allein um eine breitere Vermögensbildung und Vermögensverteilung. Aus sozialethischer Sicht gibt es auch sozialethische Pflichten von Vermögenden und die Sozialpflichtigkeit des Eigentums. Die Leistungsfähigkeit zum Teilen und zum Tragen von Lasten in der Gesellschaft bestimmt sich nicht nur nach dem laufenden Einkommen, sondern auch nach dem Vermögen: Werden die Vermögen nicht in angemessener Weise zur

Finanzierung gesamtstaatlicher Aufgaben herangezogen, wird die Sozialpflichtigkeit in einer wichtigen Beziehung eingeschränkt oder gar aufgehoben (Ziffer 220).“

Ein unerhörter Gedanke für unsere Zeit, in der Lohnspreizungen wachsen, die Gehälter der Manager zweistellige Wachstumsraten aufweisen und die Politik ständig neu die vermögenden Eliten unseres Landes entlastet und finanziell fördert. Wer wirklich für Armutsbekämpfung eintreten will, hat den Blick auf den Reichtum in unserem Land zu richten.

Die Kirchen verfügen über reiche Erfahrungen und eine lange Tradition, sich mit Armut und ihren Ursachen auseinander zu setzen. Als Säulen unseres Sozialstaates gelten sie auch heute noch uneingeschränkt als jene Agenturen, die sich mit den Opfern unserer Gesellschaft befassen. Mehr und mehr hat sich in den Kirchen der Konsens durchgesetzt, dass die Aufgabe von Kirchen nicht nur darin bestehen kann und darf, bei den Leidenden zu stehen, sondern dass sie auch mit den Betroffenen zu gehen habe.

Auf Grundlage biblischer Überlieferungen wurde ein ökumenisches Sozialethos formuliert, das von „Gottes Option für die Armen“ ausgeht. Diese „Option“ ist auf den Streit der Armen für Gerechtigkeit fokussiert, zugleich nimmt sie jedoch auch die Reichen in den Blick und in die Pflicht, zur Überwindung der sozialen Spaltungen und Polarisierungen beizutragen. In unserem aktuellen Ringen um den Zusammenhalt unserer Gesellschaft, kann uns die biblische Überlieferung eine Orientierung sein. Trotz offensichtlicher Widersprüche in der Bibel kann von einem „gesamtbiblischen Bild“ (Frank Crüsemann) ausgegangen werden: Reichtum kann und darf weder verherrlicht noch verteufelt werden. Dieser die Jahrhunderte überdauernde Konsens ist jedoch geprägt von einer explosiven Spannung: Wie Reichtum, der mit den Armen geteilt wird, zum Segen und zum Wohlstand für alle führt, so wird er zum Fluch, wenn diese Beteiligung verweigert wird. Vor allem in den prophetischen Überlieferungen der hebräischen Bibel wird deutlich, wie der von Gott gewollte Segenskreislauf des Reichtums dann zum Götzendienst wird, wenn die Reichen sich durch die Beugung des Rechts und unfairen Handel auf Kosten der Armen bereichern.

Die urchristlichen Auseinandersetzungen fügen sich in dieses gesamtbiblische Bild – bei aller Verschärfung der Reichtumskritik aufgrund der extremen sozialen Gegensätze im Römischen Imperium der Kaiserzeit. Vor allem das lukanische Geschichtswerk ist von diesem spannungsreichen Prozess geprägt: Dem „Wehe“ gegenüber den Reichen in der Feldrede Jesu (Lukas 6,24) stellt der Evangelist das Bekenntnis des Oberzöllners Zachäus gegenüber, einem Wirtschaftskriminellen seiner Zeit: „Die Hälfte meines Vermögens will ich den Armen geben, und wenn ich von jemand zu viel gefordert habe, gebe ich ihm das Vierfache zurück“ (Lukas 19,8). In Jesu Antrittspredigt in Nazaret (Lukas 4,18) umschreibt Lukas mit dieser Verheißung gesellschaftlichen Neuanfangs die Mitte der Botschaft Jesu: So wie die Armen in der Begegnung mit dem Gottessohn mit ihren eigenen Potentialen ihre Lebenskraft zurückgewinnen, so finden die Reichen in der Nähe Jesu zu Umkehr und Erneuerung.

Die solidarische christliche Gemeinde, wie sie im lukanischen Geschichtswerk gezeichnet wird, symbolisiert die Gemeinschaft solcher neuen Aufbrüche. Dabei zeigen die Erzählungen einer christlichen Gütergemeinschaft in Apostelgeschichte 2-5, dass solche Umverteilungen in der Gemeinde weniger am Kriterium der Gütergleichheit als an dem der Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen orientiert sind: jedem wurde soviel zugeteilt, „wie er nötig hatte“ (Apostelgeschichte 4,35). Diesem Verständnis von Gerechtigkeit entspricht auch die Kollekte der antiochenischen Gemeinde für Jerusalem (Apostelgeschichte 11,27ff.), die für Paulus zum Vorbild eines die nationalen Grenzen überschreitenden kommunitären Ethos wird.
In den biblischen Entdeckungen zu einem der Armutsüberwindung verpflichteten Reichtum sehe ich zentrale theologische Elemente für die aktuellen Herausforderungen zur Überwindung der wachsenden Kluft zwischen Reichtum und Armut in Deutschland und weltweit. Dabei geht es perspektivisch um den Beitrag für eine „Ökonomie des Genug“, in der es gelingt, nicht nur Armut zu begrenzen im Sinne einer menschenwürdigen, armutsfesten Grundsicherung, sondern die Grenzen unbestreitbaren Reichtums gesellschaftlich je neu zu bestimmen, damit die soziale Qualität unserer Gesellschaft erhalten bzw. gefördert wird. Deshalb verpflichten die biblischen Überlieferungen zum öffentlichen und politischen Streit für gerechte Beziehungen, in denen alle am gesellschaftlichen Leben jederzeit teilnehmen können. Damit stehen Kirchen und Christen in der Pflicht politische Themen und Projekte wie Mindestlohn, Arbeitszeitverkürzung, Erhöhung des Spitzensteuersatzes, Erbschafts- und Vermögenssteuer oder armutsfeste Grundsicherung aktiv voranzutreiben.
Es ist immer wieder daran zu erinnern, dass das Eintreten für Solidarität und Gerechtigkeit unabdingbar zur Bezeugung des Evangeliums gehört und im Gottesdienst nicht nur der Choral, sondern auch der Schrei der Armen seinen Platz haben muss, dass „Mystik“, also Gottesbegegnung, und „Politik“, also Dienst an und in der Gesellschaft, für Christen nicht zu trennen sind. (Gemeinsames Wort: 1997, Nr. 46, 104, 128). Denn von einer Gesellschaft, „die niemanden ausschließt und die Lebenschancen für alle sichert“ (Gemeinsames Wort: 1997, Nr. 104), sind wir noch weit entfernt.

Dr. Thomas Wagner
Nell Breuning-Institut